



## **Wissenschaftsausschuss**

### **32. Sitzung (öffentlich)**

19. Juni 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>5</b>
<b>1</b>	<b>Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes</b>	<b>6</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/4668	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU und FDP Drucksache 17/5081	
	Ausschussprotokoll 17/597	
	Änderungsantrag der Fraktion der CDU und FDP Drucksache 17/6453	

Der Tagesordnungspunkt wird abgesetzt.

**2 Offensive für Studentisches Wohnen – NRW braucht ein Investitionsprogramm für die Studierendenwerke** **7**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/4453

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/4569

Stellungnahme 17/1198, Stellungnahme 17/1207

Ausschussprotokoll 17/543, TOP 1

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/4569 – mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/4453 – mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der AfD ab.

**3 Entwürfe der Verwaltungsvereinbarungen zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91 b des Grundgesetzes:**  
– **Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken**  
– **Bund-Länder-Vereinbarung: Innovation in der Hochschullehre**  
– **Pakt für Forschung und Innovation IV 2021 – 2030** **12**

Vorlage 17/2043  
Drucksache 17/6136  
Vertrauliche Vorlage 17/58

und

**Verpflichtungserklärung der Länder: Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken** (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2169

Der Ausschuss hat von den Entwürfen Kenntnis genommen.

**4 Innovationspotenziale durch eine steuerliche Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen sowie Startups entfalten 18**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/4439

Ausschussprotokoll 17/605

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss zu geben.

**5 Brexit – Landesregierung muss endlich für den Wissenschafts- und Forschungsstandort NRW tätig werden und Forschungskooperationen aktiv fördern 20**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/6256

Der Ausschuss einigt sich auf die Durchführung eines Expertengesprächs im Rahmen einer Ausschusssitzung. Das weitere Vorgehen soll im Kreis der Obleute beraten werden.

**6 Strukturwandel im Rheinischen Revier durch Forschung und Entwicklung (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2]) 21**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/2168

**7 Verschiedenes 23**



## 7 Verschiedenes

**Dietmar Bell (SPD)** merkt an, für das Plenum in der nächsten Woche sei unter TOP 20 die Einbringung des Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Hochschulzulassung und zur Neufassung des Hochschulzulassungsgesetzes vorgesehen. Es sei zugesagt worden, den Wissenschaftsausschuss über die weitere Entwicklung zu informieren. Deshalb hätte er sich gewünscht, dass heute der Ausschuss informiert worden wäre, zumal der Gesetzentwurf vermutlich erst gegen 22:45 Uhr aufgerufen werden solle und beabsichtigt sei, die Reden zu Protokoll zu geben.

Als weiterer Punkt spreche er die Manipulationen im Rahmen von Wahlen zu den Studierendenvereinen in Wuppertal an. Im Zuge der damaligen Behandlung des Themas habe er das Ministerium gebeten, in einem Bericht Empfehlungen abzugeben, wie solche Manipulationen verhindert werden können. Die diesbezüglichen Verfahren sei von der Staatsanwaltschaft niedergeschlagen worden. Den gesamten Sachverhalt habe er dem parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienst zugeleitet. Dessen Gutachten sei ihm gestern schriftlich zugegangen. Da dies möglicherweise als Handlungsempfehlung interessant sei, wenn zu diesem Punkt Veränderungen am Hochschulgesetz vorgesehen seien, würde er dieses Gutachten den Ausschussmitgliedern und dem Wissenschaftsministerium zur Verfügung stellen.

**Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)** kündigt an, zur Einbringung des Gesetzentwurfs in das Plenum werde Staatssekretär Annette Storsberg Stellung nehmen.

**Staatssekretärin Annette Storsberg** bittet um Verständnis für dieses Vorgehen, weil ein enormer Handlungsdruck bestehe, da der Gesetzentwurf bis Ende des Jahres vom Plenum verabschiedet werden müsse. Die Verhandlungen hätten zwischen 16 Landesregierungen stattgefunden und einen entsprechenden Zeitraum in Anspruch genommen, sodass nun das Gesetzgebungsverfahren unter sehr großem Zeitdruck stattfinden müsse.

**Dietmar Bell (SPD)** hat Verständnis für den Ablauf, aber es wäre in der heutigen Sitzung durchaus möglich gewesen, einen kurzen Bericht zu geben.

**Vorsitzender Helmut Seifen** dankt für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

gez. Helmut Seifen  
Vorsitzender

## 2 Anlagen

23.07.2019/26.07.2019

72

